



**Arbeitnehmerkammer
Bremen**

KammerFokus

Der Rüstungssektor im Land Bremen

August 2026

Vorwort: Rüstung – keine Branche wie jede andere

Die Rüstungsindustrie ist keine Branche wie jede andere, denn sie ist unmittelbar mit Fragen von Krieg und Frieden verbunden und damit moralisch hoch aufgeladen. Rüstungsgüter können Leben retten und Gefahren abwehren, sie können aber auch Schäden anrichten, zerstören und schlimmstenfalls Menschen töten. Angesichts des russischen Krieges gegen die Ukraine steigen die Verteidigungsausgaben seit 2022 stark an. Das führt zu einer Ausweitung der Entwicklung und Produktion von Rüstungsgütern, auch im Land Bremen. Die Frage ob, wie viel und unter welchen Bedingungen Aufrüstung und Rüstungsexporte zu mehr oder weniger Sicherheit führen, wird kontrovers diskutiert. Hinzu kommt: Nicht immer kann eindeutig zwischen defensiven und offensiven Rüstungsgütern unterschieden werden.

Die steigenden Militärausgaben stehen zunehmend in Konkurrenz zur Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und der sozial-ökologischen Transformation. Von der Zusage der Ampelregierung, dass äußere Sicherheit nicht auf Kosten sozialer Sicherheit gestärkt werden soll, hat sich die aktuelle Bundesregierung verabschiedet und entsprechende Einschnitte angekündigt. Die Debatte um den aktuellen Rüstungsboom verdeutlicht ein gesellschafts- und wirtschaftspolitisches Dilemma: Einerseits bindet die Aufrüstung erhebliche finanzielle Mittel, die für soziale und ökologische Aufgaben fehlen. Andererseits wird argumentiert, dass Ausgaben für die Verteidigungsfähigkeit notwendig sind, um Sicherheit und Stabilität zu gewährleisten.

Als Arbeitnehmerkammer stehen wir in einer friedens- und konversionspolitischen Traditionslinie, der sich in Bremen und Bremerhaven viele Menschen und gesellschaftliche Gruppen verbunden fühlen. Zugleich haben sich die Rahmenbedingungen mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und den zunehmenden Zweifeln an der Bündnistreue der USA grundlegend geändert. Die außen- und sicherheitspolitische Notwendigkeit der Aufrüstung können wir im Einzelnen fachlich nicht bewerten. Fakt ist aber: Der Rüstungssektor gewinnt im Land Bremen gegenwärtig stark an Bedeutung und schafft hunderte neue Arbeitsplätze – auch in der Zulieferindustrie. Gerade in der angespannten wirtschaftlichen Lage trägt das sowohl zur Stabilisierung des Industriestandortes als auch zum Ausbau wissensintensiver Dienstleistungen bei. Im Interesse unserer Mitglieder widmen wir deshalb dieser Branche unsere Aufmerksamkeit.

Auch in der Arbeitswelt gibt es unterschiedliche Einstellungen zur Rüstungsindustrie. Einerseits reagieren viele Beschäftigte mit großer Skepsis oder gar Ablehnung auf die zunehmend militärische Ausrichtung ihrer bisher zivilen Betriebe. Andererseits können sich immer mehr Menschen vorstellen, in diesem oft gut bezahlten und technisch anspruchsvollen Bereich zu arbeiten, auch weil sie damit einen Beitrag zur Sicherheit leisten wollen. Bei einer Umfrage im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung stimmten im Mai 2026 62 Prozent der

befragten Bremer*innen der folgenden Aussage zu: „Die Rüstungsindustrie ist eine große Chance für die Wirtschaft in Bremen.“¹

Der Rüstungssektor ist auch deshalb keine Branche wie jede andere, weil er sich statistisch nicht eindeutig eingrenzen lässt: Unternehmen aus unterschiedlichen Wirtschaftszweigen haben militärische Aufträge in ihren Büchern, viele Produkte lassen sich sowohl militärisch als auch zivil nutzen (dual use) und aus nachvollziehbaren Gründen ist die Transparenz hier stark eingeschränkt. All das führt dazu, dass es leider keine präzisen Zahlen zu Beschäftigten, Arbeitszeiten und Verdiensten im bremischen Rüstungssektor gibt.

Angesichts der dynamischen Entwicklung ist die vorliegende Branchenbetrachtung eine Momentaufnahme ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Die politische Auseinandersetzung über diesen Sektor sollte im Bewusstsein der ambivalenten moralischen Bewertungen von Rüstungsgütern sachlich und differenziert geführt werden. Wir möchten mit der vorliegenden Veröffentlichung dazu beitragen, freuen uns über Hinweise und Anregungen – insbesondere auch aus den Belegschaften – und laden zur Diskussion unserer Vorschläge und Forderungen ein.

¹ Theiner 2026

Inhaltsverzeichnis

Auf einen Blick: Rüstungsboom auch in Bremen.....	5
1 „Rüstungsindustrie“ – ein Begriff, viele Branchen	6
1.1 Die Vielfalt des Rüstungssektors.....	6
1.2 Steigende Verteidigungsausgaben und Rüstungsboom	7
1.3 Sektor im Umbruch: Übernahmen und Markteintritte.....	12
2 Rüstungssektor in Bremen und Bremerhaven.....	14
2.1 Steigende Bedeutung des Rüstungssektors	14
2.2 Luft- und Raumfahrtindustrie.....	15
2.3 Elektronik, Information und Kommunikation	17
2.4 Militärischer Schiffbau	17
2.5 Logistik und militärische Einrichtungen	18
3 Volkswirtschaftlicher Nutzen des Rüstungsbooms	21
4 Fazit und Forderungen.....	23
4.1 Forderungen an die Bundespolitik	23
4.2 Forderungen an die Bremer Landespolitik	25
4.3 Forderungen an die Betriebe des Rüstungssektors	26
Literatur	27

Auf einen Blick: Rüstungsboom auch in Bremen

- ▶ Seit 2022 werden die Rüstungsausgaben in der Bundesrepublik und vielen anderen Ländern massiv erhöht, was zu einer sehr guten Auftragslage bei der Rüstungsindustrie und ihren Zulieferbetrieben führt. Diese Entwicklung ist sehr dynamisch und der Aufbau hiesiger Produktions- und Entwicklungskapazitäten steht erst am Anfang.
- ▶ Da es sich beim Rüstungssektor nicht um einen einheitlichen Wirtschaftszweig in der amtlichen Statistik handelt, ist es weder für Deutschland insgesamt noch für Bremen und Bremerhaven möglich, genaue Angaben zur Zahl der Beschäftigten, ihren Qualifikationsniveaus, Arbeitszeiten und Verdiensten zu machen.
- ▶ Der Bremer Senat bemüht sich mit großem Engagement um die Entwicklung Bremens und Bremerhavens als Rüstungsstandorte. Insbesondere die vor Ort bereits stark aufgestellten Branchen der Luft- und Raumfahrtindustrie, des Schiffbaus und der Herstellung elektronischer Geräte profitieren in hohem Maße vom Rüstungsboom.
- ▶ Im bremischen Rüstungssektor entstehen viele neue Arbeitsplätze, vornehmlich allerdings für gut ausgebildete Fachkräfte, die nicht selten außerhalb Bremens und Bremerhavens gewonnen werden. Die Verdienstmöglichkeiten sind in diesem Bereich sehr gut, allerdings sind Tarifbindung und gewerkschaftlicher Organisationsgrad in Rüstungsbetrieben tendenziell schwächer als in den Kernbranchen der Metall- und Elektroindustrie.
- ▶ Angesichts der angespannten Lage in vielen anderen Branchen stabilisiert der Rüstungsboom die Wirtschaftsentwicklung im Land Bremen. Die Ausweitung (industrienaher) wissensintensiver Dienstleistungen im Rüstungssektor hilft bei der Diversifizierung der hiesigen Wirtschaftsstruktur, ist aber keine ausreichende Antwort auf die Bedrohung von Industriearbeitsplätzen in anderen Branchen.
- ▶ Hohe Militärausgaben stehen in unmittelbarer Konkurrenz zur Finanzierung anderer Aufgaben und haben einen geringeren volkswirtschaftlichen Effekt als Investitionen in Infrastruktur, Bildung und öffentliche Daseinsvorsorge. Daher ergeben sich aus dem Rüstungsboom auch Risiken für Bremen und Bremerhaven.
- ▶ Zudem besteht die Gefahr einer einseitigen Entwicklung von Geschäftsmodellen und Pfadabhängigkeiten sowie der Verdrängung ziviler Zukunftstechnologien, gerade vor dem Hintergrund der großen Flächen- und Fachkräftekonkurrenz.

1 „Rüstungsindustrie“ – ein Begriff, viele Branchen

1.1 Die Vielfalt des Rüstungssektors

Durch den Krieg in der Ukraine haben militärische Sicherheit, Waffenlieferungen sowie die Aus- und Aufrüstung der Bundeswehr als Themen politisch und medial stark an Bedeutung gewonnen. Die Bundeswehr wird mittels steigender Verteidigungsausgaben in die Lage versetzt, ihre Beschaffung massiv auszuweiten. Das führt zu einem starken Anstieg an Rüstungsaufträgen für viele Unternehmen innerhalb und außerhalb Deutschlands. Oft ist dabei pauschal von der „Rüstungsindustrie“ die Rede. Dieser Begriff verengt aber den Blick in mehrfacher Hinsicht, denn Rüstungsaufträge gehen nicht nur an Betriebe in traditionellen Industriebranchen, wie zum Beispiel die Metallindustrie und den Fahrzeugbau, sondern auch an solche aus der Elektronik, Optik und Informationstechnologie. Betroffen sind also einerseits Industriearbeitsplätze zum Beispiel in der Fertigung von militärischen Fahrzeugen, Waffen und Munition, aber andererseits auch wissensintensive Dienstleistungen in Forschung, Entwicklung und Informationstechnologie. Rüstung ist also ein sehr vielfältiger wirtschaftlicher Bereich.

Auch begrifflich herrscht eine gewisse Vielfalt: Die Arbeitgeberseite spricht gern von der „Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ (SVI) beziehungsweise von der „Sicherheits- und Verteidigungswirtschaft“. Etwas seltener, aber unter anderem in gewerkschaftlichen Kontexten gebräuchlich ist der Begriff der „Wehrtechnik“. Wir haben uns entschieden, in dieser Publikation den Begriff „Rüstungssektor“ zu verwenden, da er die wissensintensiven Dienstleistungen besser miterfasst als der Begriff „Rüstungsindustrie“ und der Wortbestandteil „Sektor“ darauf verweist, dass es hier nicht um einen einheitlichen Wirtschaftszweig, sondern um viele verschiedene Branchen geht. Letztlich zählen alle Unternehmen, die militärische Aufträge in ihren Büchern haben, und ihre Zulieferer zu diesem Sektor.

Viele Unternehmen arbeiten sowohl an militärischen als auch an zivilen Aufträgen. Oft handelt es sich um etablierte Unternehmen etwa aus dem Schiffbau, der Luft- und Raumfahrtindustrie oder der Elektronik mit einem zivilen Hauptgeschäft, die angesichts des anhaltenden Rüstungsbooms neue militärische Geschäftsfelder erschließen. Erschwerend kommt hinzu, dass viele Güter und Dienstleistungen sowohl militärisch als auch zivil genutzt werden können (dual use). Es ist also gar nicht so leicht festzustellen, wer zum Rüstungssektor gehört und wer nicht.² Die Grenze ist weder zeitlich noch in Bezug auf Wirtschaftszweige und Betriebe statisch, sondern verschiebt sich kontinuierlich.

² Die nationale Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie liefert folgende Branchendefinition: „Zur nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie gehören alle Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die einen wesentlichen Teil ihres Umsatzes in der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie erwirtschaften und/oder hier Güter (inkl. Technologien und Software) und Dienstleistungen zum Schutz der zivilen Sicherheit oder der militärischen Landes- und Bündnisverteidigung bereitstellen. Sie bieten Systeme, Produkte oder Dienstleistungen an oder sind in der zugehörigen Wertschöpfungskette als Zulieferer oder Produzenten tätig.“ (Bundesregierung 2024, S. 4)

Der Rüstungssektor ist statistisch nicht eindeutig eingrenzbar

Angesichts dieser Vielfalt ist kaum überraschend, dass sich der Rüstungssektor auch in der Wirtschafts- und Beschäftigungsstatistik nur schwer eingrenzen lässt. In der Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) des Statistischen Bundesamtes, die der statistischen Erfassung von Beschäftigung und Wertschöpfung zugrunde liegt, gibt es nur zwei Wirtschaftszweige, die eindeutig und ausschließlich dem Rüstungssektor zugeordnet werden können: Herstellung von Waffen und Munition und Herstellung von militärischen Kampffahrzeugen. Ein Großteil der wirtschaftlichen Aktivitäten des Rüstungssektors entfällt aber auf andere Wirtschaftszweige. Die folgende Tabelle zeigt die verschiedenen Wirtschaftszweige, auf die sich ein Großteil der Rüstungsaufträge verteilt.

WZ 2008 Kode	Wirtschaftszweig
24	Metallerzeugung und -bearbeitung
25.4	Herstellung von Waffen und Munition
26	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen
27	Herstellung von elektrischen Ausrüstungen
28	Maschinenbau
30.11	Schiffbau
30.3	Luft- und Raumfahrzeugbau
30.4	Herstellung von militärischen Kampffahrzeugen
33.1	Reparatur von Metallerzeugnissen, Maschinen und Ausrüstungen
61.3	Satellitenkommunikation
62	Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie
84.22	Verteidigung

Wirtschaftszweige (WZ 2008), auf die sich der Rüstungssektor (potenziell) erstreckt (ohne Forschung, Logistik, Wach- und Sicherheitsdienste, öffentliche Verwaltung und Leiharbeit)

Für fast alle diese Wirtschaftszweige gilt, dass oft nur ein kleiner Anteil der darin gemeldeten Betriebe und Beschäftigten dem Rüstungssektor zuzuordnen sind. Deshalb ist es weder für Deutschland insgesamt noch für das Land Bremen möglich, genaue Angaben zur Zahl der Beschäftigten, zu ihren Qualifikationsniveaus, der Voll- beziehungsweise Teilzeitquote, zur Tarifbindung und zu den Verdiensten zu machen. Die Entwicklung des Rüstungssektors kann daher nur auf Grundlage öffentlich verfügbarer Daten zu den Branchenumsätzen und anhand von Medienberichten über Neuansiedlungen und Rüstungsaufträge für Bestandsunternehmen abgeschätzt werden.

1.2 Steigende Verteidigungsausgaben und Rüstungsboom

Angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine haben sich in Deutschland und anderen europäischen NATO-Mitgliedsländern die Verteidigungsausgaben in den letzten Jahren deutlich erhöht – einerseits aufgrund der Waffenlieferungen an die Ukraine und andererseits aufgrund neuer Einschätzungen über die Fähigkeiten der Bundeswehr zur Landes- und Bündnisverteidigung sowie steigender Zweifel an der Bündnistreue der USA unter Präsident

Trump. Schon unmittelbar nach Beginn der russischen Vollinvasion im Februar 2022 hat der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) in einer Sondersitzung des Bundestages ein Sondervermögen für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro angekündigt. Im März 2025 wurde dann mit einer Grundgesetzänderung bei der Schuldenbremse unter anderem eine Bereichsausnahme für Verteidigungs- und Zivilschutzausgaben zusätzlicher Spielraum für Rüstungsausgaben geschaffen.

Militärische Schulden: Sondervermögen und Bereichsausnahme

Am 3. Juni 2022 hat der Bundestag das „Sondervermögen Bundeswehr“ in Höhe von 100 Milliarden Euro „zur Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit“ beschlossen. Der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte diese neuen Schulden bereits in seiner Regierungserklärung unmittelbar nach Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine angekündigt. Damit sie von der Schuldenbremse nach Artikel 115 GG ausgenommen werden konnten, musste das Grundgesetz entsprechend geändert werden. In den letzten Jahren wurden mit diesen zusätzlichen Krediten die jährlichen Verteidigungsbudgets aufgestockt, um zum Beispiel F-35-Kampfflugzeuge aus US-amerikanischer Produktion, Transporthubschrauber und Schutzausrüstung für Soldat*innen zu beschaffen. Die Mittel sind voraussichtlich 2028 ausgeschöpft.

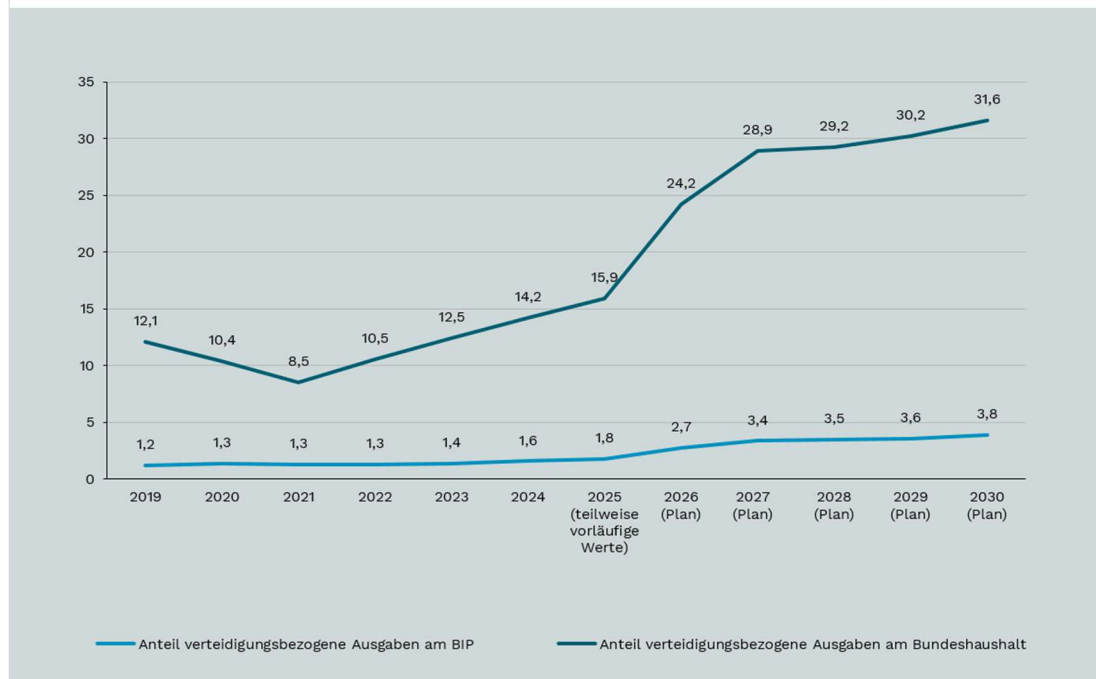
Am 25. März 2025 trat schließlich eine weitere Grundgesetzänderung in Kraft, mit der verteidigungs- und sicherheitspolitische Ausgaben oberhalb von einem Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) ebenfalls von der Schuldenbremse ausgenommen werden. Mit dieser **Bereichsausnahme** ist die Verschuldung für Rüstungsausgaben unbegrenzt möglich, während die Kreditaufnahme für Investitionen im Rahmen des ebenfalls beschlossenen Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) und des regulären Haushaltes zeitlich und in der Höhe begrenzt wird. Diese Entscheidung widerspricht der gängigen ökonomischen Empfehlung, Staatsverschuldung auf investive Zwecke zu fokussieren. Aufgrund der Bereichsausnahme könnte die deutsche Schuldenstandsquote bis zum Jahr 2050 auf über 95 Prozent steigen. Das könnte die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates perspektivisch einschränken. Hinzu kommt, dass die Zinsen für Kredite im Rahmen der Bereichsausnahme den Kernhaushalt bereits jetzt belasten und damit unmittelbar in Konkurrenz zu anderen Ausgaben stehen.

Die bisherige NATO-Zielmarke, 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung auszugeben, die die Bundesrepublik lange nicht eingehalten hatte, wurde im Juni 2025 auf dem NATO-Gipfel in Den Haag auf 3,5 Prozent plus 1,5 Prozent für Ausbau und Erhalt verteidigungs- und sicherheitsrelevanter Infrastruktur erhöht. Diese neuen Zielwerte sollen alle Mitgliedsländer bis 2035 erreichen. Der Anteil der verteidigungsbezogenen Ausgaben im Bundeshaushalt steigt seit 2021 deutlich an. Die mittelfristige Finanzplanung sieht ab 2029 einen Anteil von 30 Prozent des Haushalts beziehungsweise 3,5 Prozent des BIP vor (siehe

Abbildung). Damit steigen diese Ausgaben sehr viel stärker als der Gesamthaushalt. Es ist also eine starke Umverteilung öffentlicher Mittel zugunsten der Bundeswehr geplant. Es ist noch nicht absehbar, welche Leistungen und Arbeitsplätze – etwa im Sozial- und Gesundheitswesen – deswegen unter Druck geraten werden und ob das Beschäftigungssaldo durch Arbeitsplatzgewinne im Rüstungssektor überhaupt positiv sein wird.

Anteil der verteidigungsbezogenen Ausgaben am Bundeshaushalt und am Bruttoinlandsprodukt in Prozent

Verteidigungsbezogene Ausgaben = Ausgaben im Einzelplan 14 des Bundesministeriums für Verteidigung + Ausgaben des Sondervermögens Bundeswehr + sonstige Ausgaben der Bereichsausnahme (außer jenen, die bereits im Epl. 14 enthalten sind)



Quellen: Haushaltsrechnungen des Bundes (2019–2024), vorläufiger Jahresabschluss des Bundeshaushalts 2025, Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2027 und Finanzplan bis 2030, Statistisches Bundesamt (BIP 2019–2025), Monatsbericht April 2026 des Bundesministeriums für Finanzen (BIP ab 2026); eigene Berechnung.

© Arbeitnehmerkammer Bremen

Neue Sicherheits- und Militärstrategien

Grundlage für diesen beachtlichen Kurswechsel in der deutschen Finanz- und Verteidigungspolitik ist eine strategische Neuausrichtung, die sich in verschiedenen Strategiepapieren der Bundesregierung vollzieht. Im Juni 2023 legte das Auswärtigen Amt eine neue Nationale Sicherheitsstrategie vor.³ Sie beschreibt das veränderte sicherheitspolitische Umfeld und leitet daraus Handlungsbedarfe bei der Ausrüstung der Bundeswehr ab, ohne Sicherheit dabei auf den militärischen Bereich zu begrenzen. Im Dezember 2024 folgte schließlich eine Nationale Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie, die vom Verteidigungs- und Wirtschaftsministerium erarbeitet wurde und das klare Ziel einer leistungsfähigen Rüstungsindustrie ausbuchstabiert.⁴ Schon im Juni 2024 hatte die Europäische Kommission eine solche Industriestrategie für den Verteidigungsbereich mit der gleichen Stoßrichtung vorgelegt.⁵

³ Bundesregierung 2023

⁴ Bundesregierung 2024

⁵ Europäische Kommission 2024

Im März 2025 folgte mit „ReArm Europe“ bzw. „Readiness 2030“ eine Initiative der Europäischen Kommission zur Mobilisierung von bis zu 800 Milliarden Euro für die Modernisierung und den Ausbau der militärischen Kapazitäten der EU-Mitglieder.⁶ Im April 2026 legte das Bundesverteidigungsministerium schließlich mit der „Gesamtkonzeption militärische Verteidigung“⁷ eine „Militärstrategie aus einem Guss“ mit dem Ziel vor, die Bundeswehr bis 2039 zur „stärksten konventionellen Armee Europas“ auszubauen und die Fähigkeiten aller Teilstreitkräfte deutlich auszubauen.

Rüstungsaufträge gehen nicht nur an die deutsche Industrie

Nicht alle zusätzlichen Ausgaben im Verteidigungshaushalt kommen dem deutschen Rüstungssektor in Form von Aufträgen zugute, denn Rüstungsgüter und -dienstleistungen werden zum Teil auch importiert. So werden etwa aus dem Sondervermögen Bundeswehr 60 Helikopter des Typs CH-47 Chinook des US-Herstellers Boeing im Wert von 7,3 Milliarden Euro und 35 Kampffjets F-35 für 8,3 Milliarden Euro angeschafft. Diese Aufträge schaffen beziehungsweise sichern also Arbeitsplätze in den USA. Andererseits erhalten deutsche Rüstungsunternehmen auch Aufträge von ausländischen Streitkräften, allerdings in deutlich geringerem Umfang als die amerikanische, britische oder französische Rüstungsindustrie. Im Juli 2026 wurde am Rande des NATO-Gipfels in Ankara ein kanadischer Großauftrag für den Bau und die Wartung von bis zu 12 U-Booten an TKMS verkündet, der Beschäftigung in den Werften Kiel und Wismar sichern wird. Ob und inwiefern davon auch der Bremer TKMS-Standort (Atlas Elektronik) profitieren wird, ist noch nicht absehbar.

Auch international steigen die Verteidigungsausgaben stark: Nach Angaben des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI lagen die weltweiten Militärausgaben 2025 mit 2,9 Billionen US-Dollar knapp über eine Billion (also 1.000 Milliarden) US-Dollar über dem Wert von 2014.⁸ Deutlich mehr als die Hälfte davon entfällt auf Nordamerika sowie Zentral- und Westeuropa. Die Bundesrepublik Deutschland stand 2024 vor Indien auf dem vierten Platz der Länder mit den höchsten Militärausgaben. Insgesamt lösen die steigenden Militärausgaben einen enormen Boom des Rüstungssektors aus. Das zeigt sich auch bei den Branchenumsätzen. Die vier größten deutschen Rüstungsunternehmen Rheinmetall, Diehl, Thyssen Krupp Marine Systems (TKMS) und Hensoldt steigerten ihren Jahresumsatz laut SIPRI 2024 im Vergleich zum Vorjahr um 36 Prozent – und das ist erst der Anfang, denn viele Aufträge sind noch gar nicht erteilt. Auch 2026 sind viele Rüstungsunternehmen und ihre Zulieferer noch vor der Welle der Aufrüstung.

Unbegrenzte Ausgaben, aber begrenzte Produktionskapazitäten

Die Verteidigungsindustriestrategien der Bundesrepublik und der EU zielen auf die Ausweitung der heimischen Produktionskapazitäten, um die vielen neuen Beschaffungswünsche auch erfüllen zu können. Dabei soll zugleich die Abhängigkeit von Rüstungsimporten

⁶ Diese Initiative beinhaltet ausdrücklich auch die Möglichkeit, Ausnahmen von den europäischen Schuldenregeln zu beantragen, sowie ein neues Kreditinstrument für Rüstungsausgaben (SAFE).

⁷ Bundesregierung 2026

⁸ SIPRI Military Expenditure Data Base: <https://www.sipri.org/databases/milex> (zuletzt geprüft am 17.04.2026)

gesenkt werden. Diese Ziele werden zunehmend auch durch die öffentliche Finanzierung ganzer Fertigungslinien verfolgt.⁹ In diesem Fall werden nur die Rüstungsgüter selbst bestellt, sondern auch der Aufbau der dafür notwendigen Produktionsanlagen mitfinanziert. Hintergrund sind die begrenzten Produktionskapazitäten der Rüstungsindustrie in Deutschland, die kaum mit den steigenden Verteidigungsausgaben Schritt halten können.¹⁰ „Die Aufträge steigen derzeit fast doppelt so schnell wie die Produktion.“¹¹ Tatsächlich scheint der Rüstungssektor angesichts der Finanzplanung und der oben skizzierten strategischen Neuausrichtung sogar erst noch am Beginn der Expansion zu stehen. Zur Steigerung der Produktionskapazitäten stellten Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) und Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) Anfang Dezember 2025 die neue Plattform SVI-Connect vor. Im Juni 2026 hat der Bund eine öffentliche Beteiligung beim deutsch-französischen Panzerbauer KNDS angekündigt.

Probleme bei der Beschaffung

An der Effizienz und sparsamen Mittelverwendung der Beschaffung von Rüstungsgütern durch die Bundeswehr gibt es hingegen einige Zweifel.¹² Der Markt für Rüstungsgüter ist schließlich kein normaler Markt: Es gibt meistens wenig Konkurrenz, und zwar sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite.¹³ Für die meisten Rüstungsgüter gibt es nur sehr wenige Herstellerfirmen und eine sehr überschaubare Anzahl von Kunden, nämlich staatliche Streikkräfte. Das führt weder zu stabilen noch zu günstigen Preisen. Die hohe Schlagzahl und das finanzielle Volumen der Beschaffungsvorgänge erschweren zudem die parlamentarische Kontrolle durch den Bundestag.¹⁴ Der Ökonom Guntram Wolff sieht die Gefahr von Rüstungsinflation, also Preissteigerungen bei den Rüstungsgütern, und plädiert für eine stärkere europäische Kooperation bei der Entwicklung und Produktion. Der Journalist Christian Schweppe spricht in diesem Zusammenhang von einer „Goldgräberstimmung“ bei den Rüstungskonzernen. Auf der Pariser Rüstungsmesse Eurosatory sei dieser Goldrausch in diesem Jahr sehr deutlich spürbar gewesen. Im Juni 2026 warnte auch der SPD-Berichterstatte für den Verteidigungshaushalt, Andreas Schwarz, vor deutlich steigenden Preisen für Rüstungsgüter. „Es werden andere Preise aufgerufen, wenn der Auftraggeber Bundeswehr heißt.“¹⁵ Auch der Bundesrechnungshof weist auf die für die öffentliche Hand problematische Preisentwicklung hin. Am 24.06.2026 stoppte der Verteidigungsminister das Projekt der F126-Fregatten wegen hoher Kosten und großer Verzögerungen. Stattdessen sollen nun kleinere Fregatten des Typs Meko-200 von TKMS beschafft werden.¹⁶ Für NVL und Rheinmetall war das ein herber Rückschlag.

⁹ Biederbeck/Gürtler 2025

¹⁰ Biederbeck et al. 2025

¹¹ Fasse et al. 2025

¹² Gebauer/Hesse 2026

¹³ Scholle 2025

¹⁴ So gab die grüne Bundestagsabgeordnete Sara Nanni im Dezember 2025 zu bedenken: „Wir haben so viele Vorlagen diese Woche in den Ausschüssen. 51 Milliarden Euro insgesamt – das ist unmöglich, das in dieser kurzen Zeit systematisch und seriös zu bearbeiten.“ (tagesschau.de, 16.12.2025)

¹⁵ Frankfurter Rundschau, 23.06.2026

¹⁶ Tagesschau.de, 24.06.2026

Der möglichst wirtschaftliche Einsatz der öffentlichen Mittel ist gerade angesichts der Tatsache, dass in vielen anderen Bereichen Ausgaben und Leistungen gekürzt werden, ein wichtiges politisches Ziel. Im Einzelfall können die so erzielbaren Effizienzgewinne beziehungsweise Kostensenkungen aber eben auch im Widerspruch zu Standortinteressen stehen, denn viele Städte und Regionen erhoffen sich verständlicherweise, dass genau sie vom Rüstungsboom profitieren. Die steigenden Verteidigungsausgaben sorgen also auch für eine verstärkte Standortkonkurrenz – mit offenem Ausgang.

1.3 Sektor im Umbruch: Übernahmen und Markteintritte

Die Rahmenbedingungen für die Unternehmen des Rüstungssektors sind also insgesamt sehr gut. Vor dem Hintergrund steigender Ausgaben und der dadurch induzierten Ausweitung der Produktionskapazitäten sortiert sich der Rüstungssektor gerade umfassend neu, einerseits durch Unternehmensübernahmen und -fusionen und andererseits durch Markteintritte von Unternehmen aus anderen Sektoren sowie die Gründung von Start-ups.

Rheinmetall auf Expansionskurs – auch in Bremen

Beispielhaft für den aktuellen Boom im Rüstungssektor steht das Unternehmen Rheinmetall mit Hauptsitz in Düsseldorf, einem großen Produktionsstandort im niedersächsischen Untertürkheim und vier Betrieben in Bremen. Es ist eines der größten Rüstungsunternehmen und profitiert in erheblichem Ausmaß von den steigenden Verteidigungsausgaben. Der CEO von Rheinmetall, Armin Papperger, ist zugleich Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV). Der Umsatz von Rheinmetall soll von knapp 10 Milliarden Euro im Jahr 2025 auf 25 Milliarden im Jahr 2027 und sogar auf 50 Milliarden im Jahr 2030 steigen.¹⁷ Die Zahl der Beschäftigten soll massiv ansteigen. Waren es im Gesamtunternehmen 2024 noch 28.500, soll sich ihre Zahl in vier Jahren auf 70.000 erhöhen. Allerdings gestaltet sich der Hochlauf der Produktionskapazitäten durchaus schwierig, da die ambitionierten Ziele beim Stellenaufwuchs nicht im geplanten Zeitrahmen erreicht werden und es auch Probleme bei der Verfügbarkeit von Vorprodukten gibt. Die Division Rheinmetall Electronics in Bremen soll zum zweitgrößten Standort in Deutschland ausgebaut werden. Viele der neuen Arbeitsplätze sind technisch anspruchsvoll und gut bezahlt.

Die bemerkenswerte Expansion von Rheinmetall geht auch auf Übernahmen und Kooperationen in verschiedenen Segmenten des Rüstungssektors zurück, etwa bei der Herstellung von Drohnen, Satelliten und Kampfflugzeugen. Für Bremen von besonderer Bedeutung ist die Übernahme von Naval Vessels Lürssen (NVL). In Bremen ist der Konzern überdies mit Rheinmetall Electronics und Rheinmetall Digital in Sebaldsbrück, mit Rheinmetall Technical Publications am Flughafen und mit Rheinmetall Aviation Services in der Überseestadt präsent. Aufgrund der Flächenbegrenzung in Sebaldsbrück scheint sich Rheinmetall auch für das ehemalige ThyssenKrupp Areal in Bremen-Farge zu interessieren.¹⁸ Zudem plant

¹⁷ Hunter 2026, S. 32

¹⁸ Buten un binnen, 26.06.2026

Rheinmetall an der Seite von OHB einen Einstieg in die Entwicklung von militärischen Satelliten. Bezeichnenderweise zieht sich das Unternehmen immer weiter aus dem kriselnden Autozulieferergeschäft zurück.

Neue Akteure im Rüstungssektor

Neben etablierten Akteuren wie Rheinmetall drängen zunehmend Unternehmen aus anderen Wirtschaftszweigen in den Rüstungssektor. Das ist angesichts des angespannten konjunkturellen Umfeldes und der steigenden Verteidigungsausgaben wenig überraschend und bringt neue Dynamik und potenzielle Konkurrenz. Dies zeigt sich etwa im starken Mitgliederzuwachs beim BDSV. Während der Branchenverband 2017 noch 70 Mitgliedsunternehmen hatte, waren es im Februar 2025 schon 340 und im April 2026 sogar 540.¹⁹ Viele Betriebe wollen sich durch eine Mitgliedschaft für lukrative Rüstungsaufträge in Stellung bringen. Das passt auch zu einer Umfrage der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), der zufolge jedes sechste Unternehmen Chancen im Rüstungsboom sieht.²⁰ In den letzten Jahren haben sich zudem einige Start-ups erfolgreich im Rüstungssektor positioniert, insbesondere in Hochtechnologiebereichen wie Künstlicher Intelligenz, Kommunikationstechnik und Drohnenbau. Im Februar 2026 erhielten die Firmen Helsing und Stark Defense einen Drohnenauftrag der Bundeswehr. Für Start-ups aus der Luft- und Raumfahrtindustrie, wie etwa das Bremer Unternehmen POLARIS, kann der Rüstungsboom neue Aufträge und damit Wachstumschancen bedeuten.

„Neuzugänge“ verzeichnet der Rüstungssektor noch aus einer anderen Richtung: Durch die anhaltende Industriekrise kommt es mancherorts zur Umstellung bisher ziviler Produktionsbetriebe auf Rüstungsgüter, wie zum Beispiel im Waggonbauwerk Görlitz, das im Februar 2025 vom Rüstungskonzern KNDS übernommen wird. Für das VW-Werk in Osnabrück ist eine Zukunft als Produktionsstätte für das Raketenabwehrsystem Iron Dome im Gespräch und auch die Autozulieferer ZF und Schaeffler gehen verstärkt Kooperationen im Rüstungssektor ein. Immer mehr mittelständische Unternehmen bringen sich als Zulieferbetriebe für große Rüstungsunternehmen in Stellung.²¹ Egal aus welchem Bereich der Zuwachs im Rüstungssektor kommt, für die Beschäftigten und die Unternehmen ergeben sich aus der Implementierung der notwendigen Sicherheitsvorkehrungen in den rüstungsrelevanten Betriebsteilen erhebliche Herausforderungen und organisatorische Umstellungen.

¹⁹ table.media, 11.04.2026

²⁰ Ramthun 2026

²¹ Többen 2025

2 Rüstungssektor in Bremen und Bremerhaven

2.1 Steigende Bedeutung des Rüstungssektors

Das Land Bremen hat eine lange Tradition als Standort der Rüstungsproduktion und -logistik, aber auch ebenso lange Geschichte der kritischen gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der Rüstungsindustrie, Waffenexporten und militärischer Forschung. Auch in Fragen der Konversion²² hatte Bremen lange eine Vorreiterrolle. Angesichts der steigenden Verteidigungsausgaben und der angespannten Wirtschaftslage erlebt der Rüstungssektor aber auch an der Weser eine neue Dynamik und erfährt dabei in breiten Teilen von Politik und Gesellschaft neue Aufmerksamkeit und auch eine gewisse Neubewertung. Wie eingangs erwähnt ist es leider nicht möglich, genau zu sagen, wie viele Beschäftigte im hiesigen Rüstungssektor arbeiten. Der Senat schätzte die Zahl in einer Antwort auf eine kleine Anfrage auf 8.000, der Weser-Kurier taxierte die Zahl zwischen 5.000 und 10.000 Beschäftigte. Die Entwicklung ist in jedem Fall sehr dynamisch.

Das im Bundesländervergleich sehr hohe Wirtschaftswachstum des letzten Jahres von 1,4 Prozent im Jahr 2026 geht auch auf die dynamische Entwicklung im Rüstungssektor zurück. Der Beschäftigungsaufbau ist vor dem Hintergrund des angespannten Arbeitsmarktes in Bremen und Bremerhaven²³ von großer Bedeutung, auch wenn viel dafürspricht, dass die neuen Stellen weder im Hinblick auf den Umfang noch auf die Qualifikationsanforderungen den Stellenabbau in anderen hiesigen Wirtschaftszweigen kompensieren können. Die bremische Industrie hat sich in der Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre erfreulich robust gezeigt,²⁴ wodurch der Druck in diesem Arbeitsmarktsegment geringer ausgeprägt ist als andernorts. Ob und in welchem Umfang dafür auch schon der bisherige Anstieg der Rüstungsaufträge verantwortlich ist, lässt sich aus den öffentlich verfügbaren Wirtschaftsdaten nicht ablesen.

Als starkes Industrieland mit ausgeprägten Schwerpunkten unter anderem in der Luft- und Raumfahrtindustrie, einer starken Forschungslandschaft und einer langen Schiffbautradition hat Bremen gute Voraussetzungen, um vom Rüstungsboom zu profitieren. Das zeigt sich in einigen Neuansiedlungen und dem starken Beschäftigungsaufbau. Rüstungsaufträge können dabei sowohl zum Aufwuchs bei wissensintensiven Dienstleistungen als auch zur Stabilisierung von Industriearbeit beitragen. Durch die sehr dynamische Entwicklung im Rüstungssektor und angesichts der knappen Flächenverfügbarkeit im Zwei-Städte-Staat ergeben sich aber durchaus auch Risiken für den Standort. Die Frage ist derzeit schließlich nicht ob, sondern wo der Ausbau des Rüstungssektors stattfindet. Bereits jetzt deuten sich steigende Flächenbedarfe des Rüstungssektors an, wodurch sich angesichts der Flächenknappheit im Land Bremen Nutzungskonflikte verschärfen könnten.

²² Unter Konversion wird die Umstellung von militärischer auf zivile Nutzung von Flächen, Ressourcen und Produktionskapazitäten verstanden.

²³ Möller 2026; Härtlein 2026

²⁴ Möller 2026

2.2 Luft- und Raumfahrtindustrie

Eine Kernbranche des Rüstungssektors ist die Luft- und Raumfahrtindustrie. Bremen ist einer der wichtigsten Standorte dieses Wirtschaftszweiges in Deutschland und hat in diesem Bereich in den letzten Jahren deutlich an Beschäftigung hinzugewonnen.²⁵ Diese Branche ist in mehrfacher Hinsicht besonders innerhalb der bremischen Wirtschaft, denn sie zeichnet sich durch die mit Abstand höchsten Löhne aus. In keiner Branche wird im Land Bremen mehr verdient als im Luft- und Raumfahrzeugbau und die Hälfte aller Beschäftigten arbeitet auf Expert*innenniveau.²⁶ In der Branche ist die Auftrags- und Umsatzlage insgesamt gut. Besonders stark nehmen seit einiger Zeit die militärischen Aufträge zu. Laut der „airconnect“-Befragung der IG Metall ist der Anteil der militärischen Branchenaufträge 2024 deutlich gegenüber dem Vorjahr angestiegen.²⁷ 2025 lag allerdings laut dieser Quelle der militärische Anteil an den Gesamtumsätzen mit 24 Prozent deutlich unter dem Vorjahreswert (31 Prozent).²⁸ Im November 2025 hat die Bundesregierung erstmals eine Weltraumsicherheitsstrategie veröffentlicht.²⁹

Die Ankündigung des Verteidigungsministeriums, in den nächsten Jahren Aufträge für eine militärische Satelliteninfrastruktur im Wert von 35 Milliarden Euro zu vergeben, hat die Branche im letzten Jahr in einige Aufruhr versetzt, denn diese Dimension sprengt alle bisherigen Produktionskapazitäten und erfordert eine Umstellung auf serielle Fertigung, für die größere Anlagen und mehr Personal gebraucht werden. Mittlerweile ist Rheinmetall in dieses Segment eingestiegen und will bei weiteren Bundeswehraufträgen für Satelliten mit OHB und Helsing kooperieren, um sich gegen mögliche Konkurrenz aus Frankreich (Thales) und Italien (Leonardo) zu behaupten. Ob – und in welchem Umfang – die militärische Satellitenproduktion dann in Bremen oder zum Beispiel am sächsischen OHB-Standort stattfindet, ist noch unklar.³⁰ Mediale Spekulationen darüber hatten zuletzt auch in der Landespolitik für Diskussionen gesorgt. Nach Auskunft des Senats hat das Land dem Unternehmen eine attraktive Fläche im Technologiepark angeboten, über die noch nicht entschieden wurde. Die IG Metall kritisiert, dass OHB anscheinend die Bundesländer Bremen und Sachsen gegeneinander ausspielen will.³¹ Dabei handelt es sich um einen öffentlichen Auftrag mit geringem unternehmerischem Risiko.

Auch Airbus wird nun Teil dieser Kooperation. Bei dem Volumen der geplanten Aufträge werden viele Produktionsstandorte zum Zuge kommen. Für die bremische Raumfahrtindustrie wäre es sehr attraktiv, Aufträge der Entwicklung und Produktionsplanung zu gewinnen. In den großen Luft- und Raumfahrtunternehmen in Bremen findet schon lange Fertigung für

²⁵ Arbeitnehmerkammer 2025

²⁶ Expert*innen bilden in der Einteilung der Bundesagentur für Arbeit das höchste Qualifikationsniveau. Für eine Tätigkeit auf dieser Anforderungsstufe wird in der Regel ein mindestens vierjähriges Hochschulstudium vorausgesetzt.

²⁷ airconnect-Befragung Luft- und Raumfahrtindustrie 2024/25 (IG Metall)

²⁸ airconnect Befragung Luft- und Raumfahrtindustrie 2025/26 (IG Metall)

²⁹ Bundesregierung 2025

³⁰ Barth 2026a, 2026b

³¹ buten un binnen, 07.08.2026

militärische Zwecke statt, aber auch hier laufen die Vorbereitungen für neue Rüstungsaufträge mit potenziell sehr großem Volumen. Bei Airbus Defense and Space arbeiten im Betriebsteil Air Power etwa 660 Beschäftigte an Engineering, Montage und Ausrüstung der A400M-Rümpfe. Dieses hochleistungsfähige militärische Transportflugzeug hat sich zu einem Verkaufsschlager weit über Deutschland und Europa hinaus entwickelt. Im Frühjahr 2025 sorgten Auftragslücken für Unsicherheit unter den Beschäftigten. Im Januar 2025 besuchte Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) den Bremer Airbus-Standort und betonte die Bedeutung des A400M für die Bundeswehr. Mittlerweile hat sich die Auftragslage wieder verbessert und es gibt sogar Berichte über einen neuen Großauftrag der Bundeswehr.³² Für die zukünftige Sicherung von Beschäftigung und Wertschöpfungstiefe am Standort braucht es aber ein Nachfolgeprojekt. Große Hoffnungen von Betriebsrat und Belegschaft lagen auf dem europäischen Projekt Future Combat Air System (FCAS), das allerdings nicht zuletzt wegen großer Unstimmigkeiten zwischen dem französischen Flugzeugbauer Dassault Aviation und Airbus Defence and Space im Juni 2026 für gescheitert erklärt wurde. Auf der Internationalen Luft- und Raumfahrt Ausstellung (ILA) wurde nach Bekanntwerden des FCAS-Aus das sogenannte Team Gen 6 vorgestellt, in dem Airbus gemeinsam mit Hensoldt, Diehl, Liebherr und weiteren ein Alternativprojekt entwickeln und in die Luft bringen will. In verschiedenen Ländern werden Projekte für ein Kampfflugzeug der Zukunft vorangetrieben. Offen ist, ob es gelingt, Entwicklungs- und Produktionskapazitäten nach Deutschland zu holen, wenn sich die hiesigen Unternehmen laufenden Vorhaben aus anderen Ländern anschließen.

Airbus blickt zwar insgesamt auf ein gutes Geschäftsjahr 2025 zurück,³³ aber der Bremer Standort muss sich bei neuen Rüstungsaufträgen innerhalb des Gesamtkonzerns erst noch gegen andere Produktionsstandorte durchsetzen. Die erneuten Umstrukturierungen im Konzern verunsichern zudem die Belegschaft und führen zu Beschäftigungsabbau in einigen Betriebsteilen. Bei der Ariane Group, die ebenfalls in der Bremer Airport Stadt ansässig ist, ist Rüstung eher ein neues Geschäftsfeld. Mit „Joint Defense Germany“ (JDG) baut das Unternehmen einen neuen Betriebsteil für militärische Fertigung zum Beispiel von Satelliten auf, um von den angekündigten Rüstungsprogrammen der Bundeswehr und der EU zu profitieren. Im September 2025 haben die Ariane Group und das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) eine engere Kooperation in der Rüstungsforschung vereinbart. Durch die Militarisierung des Weltraums werden viele bisher zivil genutzte Produkte und Kompetenzen auch für das Rüstungsgeschäft relevant. Die Ariane Group ist bei vielen Raketen- und Satellitenkomponenten sehr gut aufgestellt und rechnet sich gute Chancen auf Transportaufträge der Bundeswehr aus. Richtig beschäftigungsrelevant wird das aber vermutlich erst in einigen Jahren. Auch der Satellitenbauer OHB aus dem Bremer Technologiepark positioniert sich immer stärker im Rüstungssektor. Das 2019 gegründete Bremer Start-up POLARIS, das an der Entwicklung eines wiederverwendbaren Raumflugzeugs arbeitet, erhielt schon 2021 einen ersten Forschungsauftrag der Bundeswehr.

³² buten un binnen 25.07.2026

³³ Hanuschke/Barth 2025b

2.3 Elektronik, Information und Kommunikation

Neben der Luft- und Raumfahrtindustrie bilden die Elektronik-, Informations- und Kommunikationsbranche einen weiteren wichtigen Schwerpunkt im bremischen Rüstungssektor. Auch hier geht es um einen anspruchsvollen Hochtechnologiebereich mit hohen Löhnen und hoher Wertschöpfung. Ein Traditionsunternehmen aus diesem Wirtschaftszweig ist Atlas Elektronik in Sebaldsbrück. Der Betrieb ist auf Elektronik und Kommunikationssystem für U-Boote und andere maritime Anwendungen spezialisiert und gehört seit 2017 als Tochtergesellschaft zu ThyssenKrupp Marine Systems (TKMS) aus Kiel. In Sebaldsbrück findet insbesondere die technische Entwicklung statt, die Produktionsstandorte von Atlas Elektronik befinden sich unter anderem in Wilhelmshaven und Buchholz. Atlas baut in Bremen Beschäftigung auf und könnte auch vom neuen kanadischen U-Boot-Auftrag profitieren.³⁴

Im Oktober 2024 siedelte sich der frühere Autobauer und heutige Softwarekonzern Saab im Spurwerk auf dem ehemaligen Neustädter Güterbahnhof an. Saab ist in Deutschland auf Expansionskurs und hat sich unter anderem wegen der starken Forschungsinfrastruktur, der Nähe zum Marinestandort Wilhelmshaven und der hiesigen Luft- und Raumfahrtbranche für Bremen als Standort entschieden.³⁵ In der Neustadt arbeiten die Saab-Beschäftigten unter anderem an Führungs- und Waffeneinsatzsystemen für Fregatten der schwedischen Marine. Saab zieht insbesondere internationale Mitarbeitende aus den Bereichen IT und Ingenieurwesen an, die für die Stelle nach Bremen ziehen.

Auch Rheinmetall expandiert in seiner Elektroniksparte und baut in diesem Bereich massiv Stellen auf. Im letzten Jahr hat Rheinmetall an seinen Bremer Standorten 300 Stellen geschaffen und in diesem Jahr sollen 500 weitere hinzukommen.³⁶ Die Bremer Belegschaft von Rheinmetall Electronics wird in den nächsten Jahren unter anderem an einem Bundeswehrauftrag für die Hauptbewaffnung und Simulatoren für das Spähfahrzeug Luchs 2 arbeiten.³⁷

2.4 Militärischer Schiffbau

Bremen und Bremerhaven blicken auf eine lange Tradition im Schiffbau zurück. Einige der noch heute im Land Bremen ansässigen Werften haben auch Rüstungsaufträge in ihren Büchern. Das Unternehmen Naval Vessels Lürssen (NVL) in Vegesack gehört zweifelsohne zum Kern des bremischen Rüstungssektors. NVL plant und konzipiert in Bremen-Nord Fregatten, die dann in anderen Werften gebaut werden. Auch hier geht es also insbesondere um wissensintensive Dienstleistungen. Im März 2026 wurde NVL von Rheinmetall übernommen, wobei zurzeit noch offen ist, was das für den Bremer Standort bedeutet. Zuvor gab es eine Zeitlang Gerüchte um einen möglichen Einstieg der Lürssen-Gruppe bei TKMS. Im militärischen Schiffbau gibt es angesichts des gegenwärtigen Rüstungsbooms also erhebliche

³⁴ Buten un binnen, 08.07.2026

³⁵ Schwiegershausen 2024

³⁶ buten un binnen, 12.12.2025

³⁷ Hanuschke 2026

Konzentrations- und Konsolidierungsprozesse. Auch bei der Rönner Gruppe in Bremerhaven, zu der unter anderem die Lloyd Werft, BREDO DRY DOCKS und Stahlbau Nord gehören, sind militärische Aufträge zu erwarten. So wurde im Frühjahr 2026 bekannt, dass die Rönner Gruppe als Unterauftragnehmerin von TKMS mehrere Fregatten des Typs „MEKO A-200 DEU“ für die deutsche Marine bei Stahlbau Nord bauen lassen wird. Damit soll die Absage des Verteidigungsministeriums an den Bau der F126-Fregatten kompensiert werden. Bereits zwischen 2019 und 2023 wurden bei Stahlbau Nord Fregatten im Auftrag von TKMS gebaut, damals für die ägyptische Marine.

2.5 Logistik und militärische Einrichtungen

Bremen und Bremerhaven sind traditionell wichtige Logistikstandorte. Das hängt einerseits mit den Häfen und der damit verbundenen Anbindung an den Seehandel zusammen und andererseits mit den Kompetenzen der ansässigen Unternehmen beziehungsweise ihrer Beschäftigten. Im Bremerhavener Überseehafen betreibt das Bremer Logistikunternehmen BLG schon seit vielen Jahren den Umschlag von Militärgütern für die NATO und die US-Armee. Dass dieses Geschäftsfeld in Zukunft weiterwachsen könnte, liegt angesichts der geplanten Investitionen in Höhe von 1,35 Milliarden im Überseehafen nahe (siehe Infobox).

Militärische Einrichtungen im Land Bremen

Bremen und Bremerhaven waren bisher keine besonders großen Standorte der Bundeswehr. In der Bremer Scharnhorstkaserne in Huckelriede sind unter anderem das Landeskommando Bremen und die Heimatschutzkompanie Bremen stationiert. Das ehemalige Bundeswehrhochhaus in der Falkenstraße wurde kürzlich als umgebaute Wohnanlage eröffnet. In Bremerhaven ist mit der Marineoperationsschule eine zentrale Ausbildungsstätte der Deutschen Marine beheimatet. Die Pläne für einen neuen Marinehafen sorgen in der Seestadt und auf Landesebene für Diskussionen, da sie in direkter Konkurrenz zum Energy Port stehen, auf dem lange die Zukunftshoffnungen für den Wirtschaftsstandort Bremerhaven lagen. Neben dem Marinehafen plant die Bundeswehr Medienberichten zufolge zudem die Stationierung von mehreren Minenjagdbooten im Fischereihafen.

Im Mai 2026 wurde bekannt, dass das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BaainBw) neue Außenstellen einrichtet, darunter eine in Bremen, die sich schwerpunktmäßig um die Beschaffung für die Marine und die Raumfahrt kümmern und die Kooperation mit Industrie und Forschung intensivieren soll. Der Senat hat dafür zwei mögliche Standorte in der Überseestadt und am Flughafen angeboten. Wie viele Beschäftigte in der neuen Außenstelle arbeiten werden, ist noch nicht klar.

Bremerhaven: Milliardeninvestition im Überseehafen

Aus dem Verteidigungsetat des Bundes werden nicht nur die Beschaffung von Rüstungsgütern und die Bundeswehr finanziert, sondern – in weitaus geringerem Ausmaß – auch Infrastrukturinvestitionen. Schon seit einigen Jahren werden Häfen verstärkt auch als kritische Infrastruktur wahrgenommen. Bremerhaven kommt im Operationsplan Deutschland eine wichtige militärlogistische Rolle zu. Vor diesem Hintergrund hat der Haushaltsausschuss des Bundestages im November 2025 1,35 Milliarden Euro aus dem Verteidigungshaushalt der militärischen Ertüchtigung der Hafeninfrastruktur im Überseehafen in den Jahren 2026 bis 2031 zugewiesen. Das ist nicht nur die bisher größte Investition des Bundes in die bremischen Häfen, sondern überhaupt die höchste Einzelförderung, die jemals aus dem Bundeshaushalt an das Land Bremen geflossen ist.

Die Entscheidung war unerwartet und hat bei den verantwortlichen Akteuren auf Landesebene angesichts der hohen Investitionsbedarfe in der Hafeninfrastruktur und der bisher sehr geringen Beteiligung des Bundes an den Hafenlasten große Zustimmung ausgelöst. In Bremen und Bremerhaven besteht die Hoffnung, dass mit dem Geld auch bislang zivil genutzte Infrastrukturen saniert werden können. Stand jetzt ist allerdings immer noch nicht öffentlich kommuniziert worden, welche Projekte aus diesen Mitteln realisiert werden. Dem Vernehmen nach wird aber zumindest für den Neubau der eingestürzten Drehbrücke, die Sanierung eines Abschnitts der Containerkaje sowie die Ertüchtigung der bereits jetzt für militärischen Umschlag genutzten ABC-Halbinsel Geld bereitgestellt. Auch an den Kosten des Ausbaus der Bahnanlage Speckenbüttel soll sich der Bund beteiligen.³⁸

Die Hafenwirtschaft und ihre Beschäftigten werden von den anstehenden Sanierungsmaßnahmen also mutmaßlich profitieren. Anders als bei der reinen Beschaffung von Rüstungsgütern handelt es sich hierbei um investive Ausgaben. Inwiefern eine intensivere militärische Nutzung der Häfen jedoch in Konkurrenz zum zivilen Güterumschlag und anderen bisherigen Hafenaktivitäten steht, bleibt abzuwarten. Sie darf in jedem Fall nicht zu einem Abbau von Beschäftigung oder einer Verschlechterung von Arbeitsbedingungen führen.

Bremerhaven: Marinehafen statt Energy Port?

Anfang 2026 wurde bekannt, dass die Marine einen neuen Hafen plant und dabei mehrere Standorte ins Auge gefasst hat, darunter auch Bremerhaven. Konkret geht es um jene Fläche im Blexer Bogen, auf der der Senat bislang die Errichtung eines Hafens für die Offshore-Windindustrie plant, den sogenannten Energy Port. Die Realisierung dieses Offshore-Hafens und die auf ihm ruhenden wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Hoffnungen wären damit vom Tisch, denn für beide Vorhaben reicht der Platz nicht. Hier bestünde also ein handfester Zielkonflikt. Der Bedarf für einen zusätzlichen Marinehafen wird mit der Steigerung

³⁸ Mündelein 2026a

der militärischen Verteidigungsfähigkeit begründet. Der Energy Port soll wiederum dem Ausbau der Offshore-Windenergie dienen und damit zum Klimaschutz, zur energetischen Unabhängigkeit und Versorgungssicherheit sowie zu niedrigeren Strompreisen beitragen. Mit beiden Vorhaben würden Zuwächse an Arbeitsplätzen, Steuereinnahmen und Nachfrageimpulsen einhergehen. Die Frage, ob Marinehafen oder Energy Port die größeren wirtschaftlichen Effekte auslösen würde, ist schwierig zu beantworten. Die genaue Konzipierung des Marinehafens ist noch nicht öffentlich bekannt. Daher ist unklar, wie viele Soldat*innen dort stationiert werden sollen und welche Dienstleistungen und Produkte solch ein Standort regional nachfragen würde. Beim Energy Port hängt es davon ab, wie stark er genutzt würde und welche Unternehmen sich dahinter ansiedeln würden.

Die Landes- und Kommunalpolitik in Bremen und Bremerhaven war sich schnell einig darin, die Pläne der Marine zu begrüßen. Der Senat wirbt intensiv dafür, dass die Entscheidung zugunsten Bremerhavens ausfällt. Angesichts der geltenden politischen Beschlusslage, wonach Grüne, SPD, Linke und CDU den Senat noch im Januar 2025 aufgefordert hatten, die Realisierung des Energy Ports mit Nachdruck voranzutreiben, ist das durchaus erstaunlich. Medienberichten zufolge verdichten sich jedoch die Anzeichen, dass sich die Marine für Emden und gegen Bremerhaven als Standort des neuen Hafens entschieden hat³⁹ – ein Grund mehr, die Realisierung des Energy Ports nun mit noch mehr Engagement voranzutreiben.

³⁹ Mündelein 2026b

3 Volkswirtschaftlicher Nutzen des Rüstungsbooms

Während in den letzten Jahrzehnten viel von Konversion⁴⁰ und Friedensdividende⁴¹ die Rede war, wird gegenwärtig oft über Aufrüstung auch als industriepolitische Strategie gesprochen. Dahinter steckt die Hoffnung, dass steigende öffentlichen Ausgaben für das Militär der anhaltenden Krise der deutschen Industrie entgegenwirken könnten. Wenn es angesichts neuer Kriege schon keine Friedensdividende mehr gibt, dann zumindest eine Rüstungsdividende – und zwar nicht nur individuell bei den Aktionären der Rüstungsunternehmen, sondern auch gesellschaftlich durch neue Arbeitsplätze, steigende Kaufkraft, regionale Wertschöpfung und technologische Innovation. In dieser Sichtweise, die von Tom Krebs und anderen als „Militär-Keynesianismus“⁴² bezeichnet wird, werden öffentliche Rüstungsausgaben von Konsumausgaben zu Investitionen umgedeutet und Rüstung wird vom außen- und sicherheitspolitischen zu einem wirtschaftspolitischen Thema. Die Hoffnung ist angesichts der anhaltenden Wirtschaftskrise nachvollziehbar, aber wie berechtigt ist sie?

Beschäftigungseffekte und Fachkräftewirkung

Die regionalökonomischen Effekte des Rüstungsbooms können aus verschiedenen Gründen (noch) nicht gut abgeschätzt werden. Klar ist aber, dass Beschäftigung in diesem Bereich aufgebaut wird, und zwar insbesondere im Bereich (industrienaher) wissensintensiver Dienstleistungen in Forschung, Entwicklung und Produktionsplanung. Diese Stellen sind besonders für gut ausgebildete Fachkräfte attraktiv. Angelernte Industrie- und Logistikbeschäftigte, die deutschlandweit stark vom Arbeitsplatzverlust bedroht sind, können kaum auf einen beruflichen Neuanfang im Rüstungssektor hoffen. Auch zahlenmäßig kann der Stellenaufwuchs in der Rüstungsindustrie bei weitem nicht die in anderen Industriezweigen wegbrechenden Arbeitsplätze kompensieren, denn die Produktion von Rüstungsgütern ist in der Regel deutlich weniger beschäftigungsintensiv. Die Rüstungsaufträge haben zwar oft ein sehr großes finanzielles Volumen, die Stückzahlen (und damit die Beschäftigungseffekte) sind aber eher klein. Um im Rüstungssektor deutschlandweit auch nur annähernd so viele Stellen aufzubauen, wie aktuell in anderen Industriebranchen wegbrechen, müsste die Aufrüstung noch ganz andere Dimensionen erreichen – ein Szenario, das sich eigentlich niemand wünschen kann. Der Wechsel aus anderen Industriebranchen (zum Beispiel der kriselnden Autoindustrie) in den Rüstungssektor ist oft gar nicht so leicht. Die Versuche, entsprechende Jobdrehscheiben zu etablieren – etwa zwischen Bosch in MTU in Hannover oder zwischen VW und KNDS in der Region Kassel – waren bisher nur mäßig erfolgreich, da oft andere Fähigkeiten gebraucht werden. Die Ausweitung des Rüstungssektors ist also keine ausreichende Antwort auf den starken Stellenabbau in der deutschen Industrie.

⁴⁰ Im Oktober 2025 verhängte das Bundesverteidigungsministerium ein Moratorium zur zivilen Nachnutzung ehemaliger Bundeswehrliegenschaften. Der jahrelange Trend der Konversion wurde damit zunächst gebrochen. Ob es zur Reaktivierung alter Militäreinrichtungen kommt, ist aber noch offen.

⁴¹ Der Begriff Friedensdividende bezeichnet zusätzliche finanzielle, wirtschaftliche und gesellschaftliche Spielräume aufgrund sinkender Verteidigungsausgaben in friedlichen Zeiten.

⁴² Der Begriff Militär-Keynesianismus bezeichnet eine kreditfinanzierte expansive Fiskalpolitik zur Ausweitung der Rüstungsgüterproduktion mit dem Ziel, die Wirtschaftsentwicklung durch diesen gezielten Nachfrageimpuls zu stützen beziehungsweise zu fördern.

Die bremische Industrie steht (im Gegensatz zum Bundestrend) auch in ihren bisherigen Kernbranchen recht gut dar und hat sich auch 2025 als recht robust erwiesen. Insofern ist die Ausgangslage vor Ort anders als an vielen anderen deutschen Standorten.

Rüstungssektor als Innovationstreiber

Rüstungsaufträge können technologische Innovationen voranbringen und dabei helfen, Produktionskapazitäten in zukunftssträchtigen Hochtechnologiebranchen aufzubauen. Das gilt insbesondere für die Elektronik-, Kommunikations- und Informationsbranche, für die Luft- und Raumfahrtindustrie und für die Querschnittsthemen Materialinnovationen, Künstliche Intelligenz und Robotik, die auch in der Innovationsstrategie des Landes hervorgehoben werden. Das ist aber kein Selbstläufer, denn dafür braucht es eine kontinuierliche Weiterbildung der Beschäftigten. Die strategische Qualifikationsplanung darf also gerade im aktuellen Hochlauf des Rüstungssektors nicht vernachlässigt werden, wenn daraus wirtschaftlich und gesellschaftlich wertvolle Innovationen hervorgehen sollen. Es besteht zudem die Gefahr, dass die starken Anreize, militärische Geschäftsfelder auszubauen, zu einer Verdrängung ziviler Innovationen führen kann, etwa bei der ökologischen Modernisierung und anderen Zukunftstechnologien.⁴³ Daher wäre eine einseitige Fokussierung auf den Rüstungssektor auch innovationspolitisch problematisch. Hinzu kommt, dass ein Großteil der Rüstungsausgaben in alte Technologien fließt, was unter anderem vom Ökonom Moritz Schularick stark kritisiert wird.⁴⁴ Es gibt auch deutlich kritischere Einschätzungen des „Dual-Use-Optimismus“, etwa durch den Bremer Ökonomen Rudolf Hickel, der auf die Dominanz militärischer Interessen bei Produkt- und Prozessinnovationen hinweist, die durch Rüstungsaufträge ausgelöst werden können.⁴⁵ Die zivile Nützlichkeit seiner Meinung nach zum „Abfallprodukt“ degradiert und steht immer in Konkurrenz zur militärischen Nutzung.

Rüstungsausgaben sind kein Ersatz für Industriepolitik

Der Rüstungsboom wird nicht ausreichen, um die Industriekrise in Deutschland nachhaltig einzudämmen. Dafür ist der Rüstungssektor trotz steigender Verteidigungsausgaben und Umsätze einfach zu klein. Es braucht hingegen eine aktive Industriepolitik, die Beschäftigung und regionale Wertschöpfung durch ökologische Modernisierung sichert.⁴⁶ Aktuelle Studien zeigen zudem, dass Rüstungsausgaben im Durchschnitt deutlich geringere Wachstumsimpulse generieren als Investitionen in Infrastruktur und Bildung.⁴⁷ „Gegenüber den Rüstungsausgaben sind Investitionen in öffentliche Infrastruktur und Bildung in jedem Fall gesamtwirtschaftlich und fiskalisch überlegen.“⁴⁸ Aufrüstung kann also sicherheitspolitisch geboten sein und neue wirtschaftliche Perspektiven für einzelne Standorte schaffen, makroökonomisch ist sie aber eher problematisch. Aus wirtschaftlichen, aber auch aus gesellschaftlichen und sozialen Gründen können wir uns daher nur wünschen, dass der aktuelle Rüstungsboom ein vorübergehender ist.

⁴³ Siehe dazu etwa Krebs/Weber 2025; Hickel 2026

⁴⁴ Süddeutsche Zeitung, 09.08.2026

⁴⁵ Hickel 2026

⁴⁶ Möller 2025

⁴⁷ Krebs/Kaczmarczyk 2025

⁴⁸ Hickel 2026

4 Fazit und Forderungen

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Rüstungssektor in Deutschland und auch im Land Bremen aktuell stark an Bedeutung gewinnt und in hohem Maße Beschäftigung aufbaut. Die Branche entwickelt sich dabei durch die steigenden Verteidigungsausgaben äußerst dynamisch und stellt sich durch erhebliche Ausweitungen der Produktionskapazitäten, zahlreiche Unternehmensübernahmen und Markteintritte aus anderen Sektoren neu auf. Dadurch entstehen für Bremen und Bremerhaven viele neue Chancen. Neuansiedlungen und Betriebsvergrößerungen tragen in beachtlicher Weise zur Stabilisierung des Industriestandortes und zum Aufbau wissensintensiver Dienstleistungen und damit auch zur Entwicklung des regionalen Wirtschaftswachstums und der Kaufkraft bei. Gerade angesichts des schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes und der Unsicherheit in einigen traditionellen Industriebranchen ist diese Entwicklung sehr wichtig für das Land Bremen. Rüstungsaufträge können auch die Innovationskraft der hiesigen Wirtschaft stärken.

Aus dem Rüstungsboom ergeben sich aber durchaus auch Risiken für das Land Bremen. Einerseits liegt in der Neuordnung des Sektors und den Markteintritten neuer Konkurrenzunternehmen potenziell auch eine Gefahr für hiesige Arbeitsplätze und Unternehmen, denn der Standortwettbewerb auch innerhalb der großen Konzerne nimmt bereits spürbar zu. Andererseits besteht das Risiko, dass sich die Unternehmen stark von Rüstungsaufträgen abhängig machen, die möglicherweise nicht dauerhaft im jetzigen Umfang akquiriert werden können. Damit die Arbeitsplätze im Rüstungssektor zukunftssicher sind, bräuchte es schließlich auch in Zukunft eine unsichere Weltlage – ein alles andere als erstrebenswertes Szenario. Daher wäre eine dauerhafte und einseitige militärische Ausrichtung von Geschäftsmodellen, Standorten und der Volkswirtschaft sowie die Verdrängung innovativer ziviler Produkte und Dienstleistungen weder nachhaltig noch wünschenswert.

Aufgrund der anhaltenden Dynamik und der unzureichenden Datenlage ist es kaum möglich, zu einer abschließenden und eindeutigen Bewertung zu kommen. Wir wollen daher zur weiteren Entwicklung dieser Branche mit Betriebsräten, Gewerkschaften und Vertreter*innen der Bremer Landespolitik im Gespräch bleiben und werden dabei sowohl die Chancen für die Beschäftigten und den Standort als auch Bedenken und Risiken sehr ernst nehmen. Folgende Forderungen und Vorschläge möchten wir in die Diskussion einbringen.

4.1 Forderungen an die Bundespolitik

- ▶ Die Steigerung der verteidigungsbezogenen Aufgaben darf **nicht auf Kosten einer funktionierenden öffentlichen Daseinsvorsorge** gehen und kann nicht über lange Zeiträume aufrechterhalten werden. Wir unterstützen daher folgenden Forderungen:
- ▷ Mit einer **einmaligen Vermögensabgabe** für die Verteidigungsfähigkeit sollen Vermögende in die Verantwortung genommen werden. Das Aufkommen soll

vollständig dem Bund zufließen, der damit einen Teil der steigenden verteidigungsbezogenen Ausgaben finanzieren kann.

- ▷ Eine **Übergewinnsteuer** einzuführen, um unangemessene Gewinne der Rüstungskonzerne auf Kosten der Allgemeinheit zu verhindern. Wir schließen uns dem entsprechenden Vorschlag der IG Metall Bezirk Küste an.⁴⁹ Wie von der IG Metall vorgeschlagen, könnte ein Steuersatz von 50 Prozent auf Unternehmensgewinne eingeführt werden, die 20 Prozent über dem Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre liegen.
- ▷ Die **Bereichsausnahme** bei der Schuldenbremse im Zuge der anstehenden Reform schrittweise abzuschaffen.⁵⁰
- ▶ **Keine Bereichsausnahme bei der Tariftreue:** Mit dem jüngst beschlossenen Bundestariftreuegesetz soll öffentliche Nachfrage genutzt werden, um Tarifbindung zu stärken und Lohndumping zu verhindern. Dieses Ziel wird jedoch durch weitreichende Ausnahmen konterkariert: Das Gesetz gilt ausdrücklich nicht für verteidigungs- oder sicherheitsspezifische Aufträge (im Sinne von § 104 GWB) und nicht für Vergabeverfahren zur Deckung von Bedarfen der Bundeswehr, wenn sie bis zum 31. Dezember 2032 eingeleitet werden. Gerade diese Bereiche profitieren aber in den kommenden Jahren massiv von ausgeweiteter öffentlicher Finanzierung. Damit droht ausgerechnet dort, wo besonders große öffentliche Mittel mobilisiert werden, eine „tariftreuefreie Zone“. Daher sollten diese Ausnahmen ersatzlos gestrichen werden: Öffentliche Mittel müssen ausnahmslos an Tariftreuekriterien gebunden sein – auch oder vielmehr insbesondere im Rüstungssektor.
- ▶ Die **Beschaffung von Rüstungsgütern** muss so **kosteneffizient** wie möglich gestaltet werden. Bei der Beschleunigung und Modernisierung des Beschaffungswesens dürfen keine zusätzlichen Anreize zur Rüstungsinflation entstehen. Eine wirksame parlamentarische Kontrolle von großen Beschaffungsaufträgen muss stets gewährleistet sein. Mithilfe europäischer Rüstungskoooperation können Kosten reduziert werden. Dabei müssen aber Beschäftigungs- und Wertschöpfungseffekte fair auf die beteiligten Standorte verteilt werden.
- ▶ Die Bundesregierung soll mit einer **aktiven Industriepolitik** die inländische und europäische Entwicklung und Produktion von Rüstungsgütern und regionale Lieferketten absichern. Ein besonderer Fokus soll dabei auf der **Weiterentwicklung von Schlüsseltechnologien** liegen, die auch für zivile Zwecke genutzt werden können und eine große Wertschöpfung ermöglichen.

⁴⁹ IG Metall Küste 2025

⁵⁰ Vgl. Rösch 2025

- ▶ Die industriepolitischen Strategien und Maßnahmen dürfen sich insgesamt nicht zu stark auf den Rüstungssektor fokussieren, der im Vergleich zu anderen Industriebranchen trotz der sehr dynamischen Entwicklung weniger beschäftigungsintensiv ist, vor allem Arbeitsplätze für hochqualifizierte Fachkräfte schafft und geringere Wachstumseffekte auslöst.

4.2 Forderungen an die Bremer Landespolitik

- ▶ Der **industriepolitische Dialog** des Senats mit der Rüstungsbranche sollte weitergeführt, stärker sozialpartnerschaftlich aufgestellt und um die Themen Qualifikation und Tarifbindung erweitert werden. Im Zuge der Bemühungen um Neuansiedlungen und Betriebserweiterungen sollten besonders Hochtechnologiebereiche und Dual-Use-Güter fokussiert werden, die zu den strategischen Entwicklungszielen passen und die bremischen Schwerpunktbranchen sinnvoll ergänzen.
- ▶ Eine **diversifizierte Wirtschaftsstruktur** stärkt die Resilienz des Standortes. Daher müssen eine einseitige Abhängigkeit von militärischen Aufträgen und die Vernachlässigung der bisherigen strategischen Ziele für die Wirtschaft Bremens und Bremerhavens (insbesondere aus der Innovationsstrategie, der Fachkräftestrategie, der Wasserstoffstrategie, der Strategie künstliche Intelligenz sowie der Luft- und Raumfahrtstrategie) unbedingt vermieden werden. Eine Bevorzugung von Unternehmen der Rüstungsbranche bei der Vergabe von Gewerbeflächen wäre wirtschaftspolitisch nicht sinnvoll.
- ▶ Die Planungen für den **Energy Port** müssen angesichts der wahrscheinlichen Absage des Marinehafens jetzt entschlossen vorangetrieben werden. Darüber hinaus sind weitere Projekte zu entwickeln, die zur Stärkung der Energiewirtschaft in Bremerhaven beitragen.
- ▶ Die Diskussion um die **Zivilklausel** sollte als wissenschaftspolitische Debatte geführt werden und nicht als wirtschaftspolitische, denn weder die Zivilklausel im Bremischen Hochschulgesetz noch die Zivilklausen der Hochschulen selbst haben sich als Hürde bei der Entwicklung des Rüstungssektors erwiesen. Für ihre Abschaffung gibt es aus unserer Sicht keine überzeugende wirtschafts- oder beschäftigungspolitische Begründung – und schon gar nicht für ein Kooperationsgebot der Hochschulen mit der Bundeswehr. Die Hochschulen im Land Bremen entscheiden im Rahmen der akademischen Selbstverwaltung autonom und verantwortungsvoll über ihren Umgang mit militärischen Forschungsaufträgen und Kooperationen.

4.3 Forderungen an die Betriebe des Rüstungssektors

- ▶ Trotz guter Auftragslage darf die **Weiterbildung der Beschäftigten** nicht vernachlässigt werden. Auch im Rüstungssektor braucht es daher eine strategische Personal- und Qualifikationsplanung. Der Beschäftigungsaufbau muss sich in **steigenden Ausbildungsaktivitäten** der Betriebe niederschlagen.
- ▶ Vom Beschäftigungsaufbau im Rüstungssektor sollen auf allen Ebenen auch **Frauen** profitieren können. Bei der Besetzung von Leitungspositionen und bei der Gewinnung von Fachkräften sollen daher Frauen gezielt angesprochen werden.
- ▶ Die **Vereinbarkeit von Erwerbs- und Carearbeit** soll auch in dieser Branche durch flexible Arbeitszeitmodelle gestärkt werden, gerade weil sie ausschließlich durch öffentliche Aufträge wächst.
- ▶ Der **Arbeitsschutz** muss in allen Betrieben und Betriebsteilen sichergestellt werden. Die starke Auftragslage und das schnelle Wachstum dürfen in den Betrieben nicht zur **Arbeitsüberlastung** führen. Zudem muss auch bei dem aktuell sehr dynamischen Personalaufbau ein gutes Onboarding gewährleistet werden.
- ▶ In Betrieben, die bisher vor allem in zivilen Geschäftsfeldern tätig waren, **müssen Beschäftigte**, die sich aus moralischen bzw. politischen Gründen nicht an Rüstungsproduktion beteiligen wollen, **weiterhin die Möglichkeit haben, zivil zu arbeiten**.

Literatur

- Arbeitnehmerkammer Bremen (2025): [Luft- und Raumfahrtindustrie – gute Löhne und starke Forschung in Bremen](#). KammerKomapakt Branchenreport (November 2025).
- Bardt, Hubertus (2024): [Verteidigungswirtschaft – Industriepolitik statt „Kriegswirtschaft“](#). IW Policy Paper 10/2024. Köln: Institut der deutschen Wirtschaft.
- Barth, Christoph (2026a): Neuer OHB-Standort: Was spricht für Bremen – und was dagegen. In: WeserKurier, 06.08.2026.
- Barth, Christoph (2026b): [Zieht Bremen bei OHB den Kürzeren?](#) In: WeserKurier, 04.08.2026.
- Biederbeck, Max/Gürtler, Tobias (2025): [Staatshilfe für den Waffenbau](#). In: WirtschaftsWoche, 24.10.2025.
- Biederbeck, Max/Melcher, Angelika/Gürtler, Tobias (2025): [Wie viel können Rheinmetall und Co. Überhaupt liefern?](#) In: WirtschaftsWoche, 06.11.2025.
- Bundesregierung (2026): [Gesamtkonzeption militärische Verteidigung. Militärstrategie und Plan für die Streitkräfte](#). Berlin: Bundesministerium der Verteidigung, April 2026.
- Bundesregierung (2025): [Weltraumsicherheitsstrategie](#). Berlin: Bundesministerium der Verteidigung & Auswärtiges Amt, November 2025.
- Bundesregierung (2024): [Nationale Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie](#). 04.12.2024. Berlin: Bundesministerium der Verteidigung & Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, 04. Dezember 2024.
- Bundesregierung (2023): [Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland. Nationale Sicherheitsstrategie](#). Berlin: Auswärtiges Amt, Juni 2023.
- Europäische Kommission (2024): [Eine neue europäische Industriestrategie für den Verteidigungsbereich: Erreichen der Verteidigungsbereitschaft der EU durch eine reaktionsfähige und resiliente europäische Verteidigungsindustrie](#).
- Fasse, Markus/Specht, Frank/Tyborski, Roman (2025): [So groß könnte die Rüstungsbeschaffung in Europa werden](#). In: Handelsblatt, 02.09.2025.
- Gebauer, Matthias/Hesse, Martin (2026): [Verprasst Deutschland seine Rüstungsmilliarden?](#) In: Der Spiegel 08/2026, 12.02.2026.
- Hanuschke, Peter (2026): [Rheinmetall Bremen erhält Großauftrag für Bundeswehr-Spähfahrzeug](#). In: WeserKurier, 25.02.2026.
- Hanuschke, Peter/Barth, Christoph (2025a): [Rüstungsindustrie in Bremen auf Wachstumskurs](#). In: WeserKurier, 31.03.2025.
- Hanuschke, Peter/Barth, Christoph (2025b): [Airbus Bremen – Gute Zeiten im Flugzeugbau und in der Raumfahrt](#). In: WeserKurier, 12.12.2025.
- Härtlein, Lennart (2026): Rezession drückt auf den Bremerhavener Arbeitsmarkt. Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung in Bremerhaven. In: [Bericht zur Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land Bremen 2026](#). Bremen: Arbeitnehmerkammer Bremen, S. 14–17.
- Hickel, Rudolf (2026): [Rüstungsausgaben – Strohfeuer ohne Substanz](#). In: Surplus, 01.07.2026.

- Hunter, John Stanley (2026): [Rheinmetall – Bombengeschäfte](#). In: Surplus 6/2025, S. 30–34.
- IG Metall Küste (2025): [Übergewinnsteuer für Rüstungsindustrie](#). Online, 19.05.2025.
- Kleinheisterkamp-González, Nicole (2025): [Panzer sind nicht die Antwort auf die Wirtschaftsflaute](#). In: Jacobin, 01.12.2025.
- Krebs, Tom/Kaczmarczyk, Patrick (2025): [Wirtschaftliche Auswirkungen von Militärausgaben in Deutschland](#). Universität Mannheim.
- Krebs, Tom/Weber, Isabella (2025): [Der Klimaschutz hat gegen das Militär keine Chance](#). In: Die Zeit, 13.03.2025.
- Möller, Sebastian (2026): Zwischen Krise und Aufschwung. Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung in der Stadt Bremen. In: [Bericht zur Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land Bremen 2026](#). Bremen: Arbeitnehmerkammer Bremen, S. 10–13.
- Möller, Sebastian (2025): Mit nachhaltiger Industriepolitik gute Arbeit sichern. In: [Bericht zur Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land Bremen 2025](#). Bremen: Arbeitnehmerkammer Bremen, S. 64–69.
- Mölling, Christian/Schütz, Torben (2024): [Eine Industriepolitik für die Rüstung: Was Deutschland tun muss, um die Versorgung seiner Streitkräfte zu sichern](#). DGAP Memo Nr. 5 (April 2024). Berlin: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik.
- Mündelein, Klaus (2026a): [1,35 Milliarden für Bremerhaven: Das sind die Hafnepläne von Pistorius](#). In: Nordsee-Zeitung, 09.07.2026.
- Mündelein, Klaus (2026b): [Gerüchte um Marinehafen: Warum Emden nun doch Bremerhaven aussticht](#). In: Nordsee-Zeitung, 11.08.2026.
- Paetz, Christoph/Rietzler, Katja/Watzka, Sebastian (2026): [Durch die Bereichsausnahme der Schuldenbremse könnte deutsche Schuldenquote auf über 90% des BIP steigen](#). IMK Policy Brief Nr. 207. Düsseldorf: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung.
- Ramthun, Christian (2026): [Jedes sechste deutsche Unternehmen sucht bereits seine Chance in der Rüstung](#). In: WirtschaftsWoche, 07.04.2026.
- Rösch, Kevin (2026): Zwischen Investitionen und Konsolidierung. Finanzpolitik in Bund und Land unter Spannung. In: [Bericht zur Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land Bremen 2026](#). Bremen: Arbeitnehmerkammer Bremen, S. 94–99.
- Rossmann, Julian (2025): [Diebstahl an der Zukunft. Gefährlich und kurzsichtig: Warum die Militarisierung Deutschlands keine industriepolitische Lösung ist](#). IPG-Journal, 16.12.2025.
- Sachverständigenrat (2025): [Perspektiven für Morgen schaffen – Chancen nicht verspielen. Jahresgutachten 2025/26](#). Wiesbaden: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage.
- Scholle, Lukas (2026): [Kein Markt wie jeder andere](#). In: Surplus 6/2025, S. 12–15.
- Schwiegershausen, Florian (2025): [Ab jetzt TKMS: Was der neue Schriftzug bei Atlas Elektronik bedeutet](#). In: WeserKurier, 06.08.2025.

- Schwiegershausen, Florian (2024): [Saab Deutschland ab jetzt in der Bremer Neustadt](#). In: WeserKurier, 31.10.2024.
- Theiner, Jürgen (2026): [Mehrheit der Bremer sieht Rüstungsindustrie als Chance](#). In: WeserKurier, 11.08.2026.
- Theiner, Jürgen (2025): [Rüstungsstandort Bremen – Rot-Grün-Rot setzt unterschiedliche Akzente](#). In: WeserKurier, 26.03.2025.
- Többen, Jens (2025): [Die Umrüstung](#). In: Die Zeit (50/2025), 27.11.2025, S. 27.

Sebastian Möller

(Referent für Wirtschaftspolitik)

E-Mail: s.moeller@arbeitnehmerkammer.de

Lennart Härtlein

(Referent für Wirtschaftspolitik)

E-Mail: l.hartlein@arbeitnehmerkammer.de

Dr. Tim Voss

(Leiter der Abteilung Politikberatung)

E-Mail: t.voss@arbeitnehmerkammer.de

Impressum: KammerFokus Nr. 02/2026

Herausgeberin: Arbeitnehmerkammer Bremen

Bürgerstraße 1, 28195 Bremen

Redaktion: Dr. Tim Voss

Das KammerFokus finden Sie auch als Download auf der Website

www.arbeitnehmerkammer.de